

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als alternativ-ökonomischer Ansatz

I.

Seit über 10 Jahren leben wir in der Bundesrepublik mit der Massenarbeitslosigkeit, in dieser Zeit wurden mehr als 35 Millionen Fälle von Arbeitslosigkeit registriert. Aktuell sind mehr als 3 ½ Millionen Menschen, wenn man die »Stille Reserve« mit einbezieht, arbeitslos. Die Tendenz ist auf absehbare Zeit steigend. Die ökonomische Entwicklung ist instabil und mit beträchtlichen Risiken verbunden. Die gegenwärtige konjunkturelle Schubkraft der Weltwirtschaft geht in den USA bereits zurück, in der Bundesrepublik wird der Abschwung folgen. Erneut wachsender Protektionismus und verschärfte internationale Konkurrenz sind absehbare Folgen. Ohne eine Neuorientierung in der Beschäftigungspolitik ist mit einem zusätzlichen kräftigen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu rechnen.

Aber nicht nur die Nachkriegsentwicklungen von wirtschaftlicher Prosperität und Ausbau des Wohlfahrtsstaats ist an Grenzen geraten, auch kulturelle Umbrüche und Veränderungstendenzen sind bei breiten Bevölkerungsschichten unverkennbar. In der Regierungszeit sind viele soziale und kulturelle Entwicklungen an der SPD vorbeigelaufen, wurden nur unzureichend aufgenommen oder es wurde versucht, diese Veränderungen nur taktisch zu vereinnahmen. Für die kulturellen Veränderungen ist der Gegensatz zwischen Vergesellschaftung und Individualisierung im Wohlfahrtsstaat entscheidend:

Die Vergesellschaftung (z.B. die Systeme der sozialen Sicherung, die Bildungsangebote, rechtliche Vernormung, die Entwicklung der Informationssysteme und Medien) schafft soziale Großstrukturen, die aber von den Menschen nicht selbstbestimmt und souverän beherrscht werden, sondern eine weitgehende Eigengesetzlichkeit nach privatwirtschaftlichen Kriterien entwickeln. Andererseits wächst das Bedürfnis nach Entfaltung von Individualität. Die Möglichkeiten der Individualität werden aber durch die Arbeitsbedingungen, Lebensformen und gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen begrenzt, die übergroße Zahl der Menschen wird nach wie vor in den meisten Lebensbereichen fremdbestimmt.

Der Sozialstaat hat die Voraussetzungen zur größeren Individualisierung erst geschaffen, weil die Mehrheit der Bevölkerung erst dadurch ausreichende soziale Sicherheit und sozialstaatlichen Schutz erfährt. Gleichzeitig entwickeln sich die Individualitätsbedürfnisse weiter. Dies schafft einen wachsenden Widerspruch zwischen den Individualisierungsprozessen einerseits und den Vergesellschaftungsprozessen andererseits: Die politischen Rahmenbedingungen hinken hinter der Bedürfnisentwicklung hinterher. Dies ist heute quasi die wohlfahrtsstaatliche Variante des Konflikts zwischen den vorhandenen ökonomischen und sozialen Potentialen und der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit.

Die Politik steht deshalb vor der doppelten Aufgabe, sowohl die Auswirkungen aus der Zuspitzung der ökonomischen Krise im Hinblick auf die Beschäftigung und Sozialsysteme durch eine weitreichende Reformpolitik zu beseitigen, als auch die politischen Ziele auf die Entfaltung von Individualität zuzuspitzen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben bislang zu wenig die ökonomischen und sozialstaatlichen Bedingungen entfalteter Individualität im Sinne von Fähigkeit, Engagement, Kreativität und Autonomie reflektiert.

Das meist stellvertretende Handeln für statt mit den Menschen läßt sich in der Zukunft nicht mehr fortsetzen.

Neokonservative Politik will die Spannungen zwischen Individualitätsbedürfnissen und sozialer Wirklichkeit ausnutzen, um auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise den Wohlfahrtsstaat abzubauen und die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu Lasten der abhängig Beschäftigten zu verschieben. Dagegen muß der Reformblock den Wohlfahrtsstaat weiterentwickeln und gestalten: Demokratische Partizipation und Gestaltung müssen die Entfaltung der Individualität in der Lebenswelt von Entfremdung und Abhängigkeit befreien. Aktive Beteiligung und demokratische Gestaltung müssen ins Zentrum gerückt werden: Die Politik der Reparatur und Abfederung fehlgelaufener Entwicklungen, typisch für die 60er und 70er Jahre, trägt nicht mehr.

II.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklungstendenzen hat es in der Sozialdemokratie in den letzten Jahren einen Schub gegeben, sich neuen und dennoch in der Geschichte der Arbeiterbewegung alten Ansätzen von genossenschaftlichen Zusammenschlüssen wieder zu öffnen. Die eigenverantwortliche Zusammenarbeit in solidarischen Organisationsformen ist ein Weg, um zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen beizutragen und zugleich veränderte kulturelle Ansprüche in der Arbeits- und Lebensgestaltung zu berücksichtigen.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen haben die offenkundigen Fehlentwicklungen und auch neue Problemstellungen dazu geführt, die Idee der Genossenschaft wieder zu einem Element sozialdemokratischer Reformpolitik zu machen:

- Zentralisierung, Bürokratisierung, Vernormung und wachsende Ökonomisierung aller Lebensbereiche erdrücken Individualität, Eigenverantwortung und soziale Gestaltung der Lebensbeziehungen in einer kapitalistisch-vermachteten Gesellschaft. Die Strukturen und Interessen im wirtschaftlichen Verwertungsprozeß führen zu Entfremdung und einseitiger Funktionalisierung. Der individuelle Entfaltungsraum wird eingeengt; für Selbstentfaltung, soziales und gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein sowie Kooperationsfähigkeit bleibt wenig Raum, obwohl gerade diese Fähigkeiten für die demokratische und soziale Reformfähigkeit einer hochentwickelten gesellschaftlichen Ordnung unverzichtbar sind. Besonders angesichts der weitreichenden technischen Innovationen ist es für eine menschenwürdige Gesellschaft unverzichtbar, diese nach sozialen und kulturellen Zielen zu gestalten. Dafür kann die Idee der Genossenschaften für die Organisation der Arbeitsprozesse wichtige Impulse geben, denn sie verbindet die Entfaltung von Individualität und Kreativität mit sozialer Kooperation und demokratischer Gestaltung.
- Vor allem jüngere Menschen verweigern sich der Anonymisierung und Funktionalisierung vermachteter und bürokratischer Organisationsformen. Sie sehen darin eine wesentliche Ursache jener Fehlentwicklungen, die aus der Gleichsetzung des technisch-ökonomischen Wachstums mit gesellschaftlichem Fortschritt entstehen (ökologische Krise, Zerstörung von Sozialstrukturen). Es kommt nicht von ungefähr, daß vor allem viele junge Menschen in der heutigen Phase einer gesellschaftlichen Neuordnung mit der Reform der Genossenschaftsidee Zukunftshoffnungen verbinden.
- Die weitreichenden Veränderungen der »Dritten industriellen Revolution« eröffnen in einer Reihe von Wirtschaftssektoren auch neue Chancen für eine humane und soziale Gestaltung des Lebens. Bei einer sozialen und demokratischen Gestaltung können sie zur Neuordnung der Arbeit im Sinne von mehr betrieblicher Demokratie, ganzheitlicher Arbeitsgestaltung und beruflicher Qualifizierung genutzt werden, was gleichzeitig die Reformfähigkeit und die Stabilität unserer Gesellschaft stärken würde. Wegen des vorherrschenden Prinzips der höchstmöglichen wirtschaftlichen Verwertung nach privaten Interessen werden diese Möglichkeiten kaum genutzt. Im Gegenteil: Die Einführung neuer technischer Systeme geht heute zumeist Hand in Hand mit verstärkter Arbeitserteilung, mit dem Ausbau betrieblicher Hierarchisierung und mit

einer weitreichenden Dequalifizierung menschlicher Arbeit.

- Die 10-jährige Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik belegt auch praktisch das Ende des wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wirkungszusammenhangs zwischen Wachstumsentwicklung und Beschäftigung. Angesichts der Modernisierungszwänge und Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt sowie des Rückgangs des Arbeitsvolumens im industriellen Bereich wird sich die Schere zwischen Wachstum/Produktivität und Beschäftigung/Verteilungsspielraum weiter öffnen. Nötig sind neue Wege in der Beschäftigungspolitik und ein ökonomischer und gesellschaftlicher Umbau. Auch hierfür bietet die Genossenschaftsidee prinzipiell wichtige Reformansätze.

Genossenschaften sind kein universales Mittel zur Beseitigung der ökonomischen und beschäftigungspolitischen Probleme sowie zum Umbau unserer Gesellschaft.

Sie können aber wichtige arbeitsmarktpolitische Beiträge erbringen und sind zudem ein Lernfeld für wirtschaftliche und soziale Reformen, für mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft:

- Genossenschaften sind positive Beispiele für notwendige wirtschaftsdemokratische Reformen in Betrieben, in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft. Sie geben Anstöße für Reformen, die weit über die unmittelbare Ökonomie hinausragen.
- Genossenschaften ermöglichen das Erproben neuer Formen der Arbeitsorganisation und der Betriebsgestaltung. Sie schaffen eine größere Identität zwischen den Arbeitenden und den Produkten der Arbeit.
- Genossenschaften tragen mit ihrer sozial-kulturellen Reformdimension zum notwendigen sozialen und ökologischen Umbau der Volkswirtschaft bei.
- Genossenschaften ermöglichen neue Formen der Organisation von Arbeit und Leben im Sinne eines ganzheitlichen Lebenszusammenhangs.
- Genossenschaften erbringen konkrete Beiträge im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausbildungsnot, fördern die Kreativität der Beschäftigten und tragen zur größeren ökonomischen Stabilität durch den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe bei.
- Genossenschaften können eine geeignete Unternehmensform für die Fortführung konkursgefährdeter Betriebe (Belegschaftsbetriebe) sein.

Die Idee der Selbstverwaltung ist kein Patentrezept zur Lösung aller politischen Probleme. Sie ist aber ein Beitrag zur reformpolitischen Neuorientierung in der Bundesrepublik. Der bisherige Weg der großen Wachstumsentfaltung bei anschließender sozialer und ökologischer Abfederung ist kein Weg mehr, der angesichts der weitreichenden Veränderungen unseres ökonomischen Systems noch tragfähig ist. »Anders arbeiten und anders leben« in einem solidarischen Grundverständnis ist eine Leitlinie für die politischen

Kurskorrekturen, um mit der herausgebildeten ökonomischen Zerstörungslogik gegen Mensch und Natur zu brechen.

III.

Die Genossenschaftsidee hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung einen wichtigen Platz, wenn sie auch häufig theoretisch umstritten war. Sie erlebte vor allem in den 20er und 30er Jahren ihre Blüte. Neben der vorrangig wirtschaftlichen Funktion der gemeinschaftlichen Versorgung stand immer auch der Wille zu einer grundlegenden sozialen, politischen und kulturellen Reform der Arbeits- und Lebensverhältnisse im Mittelpunkt.

Durch die Gleichschaltung der Genossenschaften in der Zeit des Nationalsozialismus und aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Situation nach 1945 hat die Genossenschaftsbewegung in der Bundesrepublik viel von ihrem ursprünglichen sozial-kulturellen Anspruch verloren und sich vorrangig auf die Erstellung wirtschaftlicher Leistungen verengt. Sie ist damit über lange Jahre zu einer vergessenen »dritten Säule der Arbeiterbewegung« geworden, auch wenn sie zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Sektor aufgestiegen ist. In den letzten Jahren sind auch bei den traditionellen Genossenschaften verstärkte Reformanstrengungen zu verzeichnen: Anknüpfungen an frühere reformpolitische Ziele sind unverkennbar.

Noch mehr zeigen Beispiele aus anderen Ländern, daß der mit der Genossenschaftsidee verbundene Selbsthilfe- und Selbstverwaltungsansatz unvergessen ist und zur Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme beitragen kann.

Daraus ergibt sich:

- Niemand in der SPD sieht in der Genossenschaftsidee den alleinigen reformpolitischen Hebel. Vielmehr ist es selbstverständlich, daß eine reformpolitische Strategie eine Vielzahl von Elementen unterschiedlichster Art und unterschiedlichster Reichweite haben muß. Das bedeutet aber umgekehrt, daß es nicht nur einen strategischen Ansatz für die Verwirklichung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gibt.
- Alle reformpolitischen Bestrebungen zur Neubelebung der Selbstverwaltungsidee stellen in Rechnung, daß sich die genossenschaftliche Entwicklung unter den Zwängen der Nachkriegszeit einseitig auf die betriebliche Rentabilität verkürzt und damit ihre soziale und kulturelle Dimension verschüttet hat. Dabei allerdings haben viele Genossenschaften noch weitaus stärker ihre historische Identität gewahrt, als das für andere Unternehmensformen gilt. (z.B. Gemeinwirtschaft)
- Bei der Neubelebung des Genossenschaftsgedankens handelt es sich nicht um eine modische Zeitströmung, sondern um einen experimentellen, strategischen Versuch, reformpolitische Auswege angesichts der Zu-

spitzung ökonomischer und gesellschaftlicher Krisentendenzen zu entwickeln. Die kapitalistischen Wirtschaftssysteme befinden sich heute weltweit in einem Prozeß tiefgreifender Neuordnungen von Rechts im Zuge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Die Antwort kann nicht sein, sozialistische Positionen aufzugeben und sich diesen Strömungen anzupassen, sondern ihnen eine reformpolitische Alternative entgegenzustellen, die allerdings veränderte Bedürfnisse und soziale Bedingungen berücksichtigt.

- Zweifellos gibt es Versuche, die Genossenschaftsidee auch für eine konservative Variante der Subsidiarität, die in Wahrheit nur der Deckmantel für einen Sozialabbau ist, auszunutzen. Diese modische Antistaatlichkeit wird zum Teil auch in der Subsidiaritätsphilosophie mancher alternativer Gruppen aufgegriffen. Zugegeben, eine Reform im staatlichen Bereich ist unverzichtbar. Aber es wäre falsch, die Neubelebung des Genossenschaftsgedankens gegen die Weiterentwicklung des staatlichen Handelns auszuspielen. Vielmehr können sogar genossenschaftliche Prinzipien neue reformpolitische Impulse für die Verbesserung staatlicher Gestaltungsfähigkeit erbringen. Umgekehrt ist insbesondere die Entwicklung von »neuen« Genossenschaften nicht zuletzt davon abhängig, inwieweit durch staatliches Handeln Starthilfen und Rahmenbedingungen verbessert werden können. Aus diesem Wechselverhältnis von Reform des staatlichen Handelns und der Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee muß ein sinnvolles Spannungsverhältnis entwickelt werden, da die bisherigen »sozialpartnerschaftlichen« Regulierungsmechanismen immer weniger tragen.

Die Grundlagenkrise der industriellen Arbeitswelt lenkt heute, wie vor hundert Jahren, erneut das Interesse der Reformbewegung auf die solidarische Selbstbehauptung als Chance zur Gestaltung einer ökologischen, humanen und sozialen Zukunft. Im Unterschied zu damals kann aber (und muß, wenn die Genossenschaftsidee an neuer Breite gewinnen soll) der Staat zum Partner einer solchen Reformbewegung werden, wenn es gelingt, ihn immer stärker zu einem Handlungsinstrument der demokratischen Mehrheit zu machen. Dies ist möglich als Ergebnis des langen Kampfes der Arbeiterbewegung und der Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

Die Weiterentwicklung der Genossenschaftsidee ist keine exotische Position, ist kein alternativer Randbereich; im Vergleich zu anderen Ländern hat die Bundesrepublik in der Entwicklung neuer Genossenschaftsformen einen Nachholbedarf. Dies zeigen Entwicklungen in Frankreich, Italien, England, Österreich, aber auch aus den USA. Auch wenn in den einzelnen Ländern unterschiedliche Schwerpunkte in der Weiterentwicklung bestehen, so hat insgesamt der Genossenschaftsgedanke doch an Aktualität gewonnen. In südeuropäischen Ländern beispielsweise stehen meist die Fra-

gen der Arbeitsplatzhaltung und, vor allem im ländlichen Bereich, der Arbeitsplatzneuschaffung sowie der Demokratisierung der Betriebsstrukturen im Vordergrund. In nordeuropäischen Ländern geht es dagegen weit stärker um die Organisation eines gemeinschaftlichen, sozial-sinnvollen Arbeitens in kleineren Einheiten sowie um die Herstellung ökologisch-verträglicher Produkte mit umweltschonenden Herstellungsverfahren.

Diese Aspekte gehören zusammen: Die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen, die Veränderung der Arbeitsorganisation und die Demokratisierung der Betriebsstrukturen sowie die Entwicklung einer gesellschaftlich nützlichen und ökologisch-verträglichen Produktion.

IV.

In der Bundesrepublik sind in den letzten 10 Jahren eine Vielzahl von Selbsthilfeprojekten entstanden, meist aber nur als vorübergehende Lösung und unter den unzureichenden Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes. Zwischenzeitlich ist es offenkundig geworden, daß die meisten dieser Initiativen und Beschäftigungsmaßnahmen keine tatsächliche Hilfe erbringen können, weil sie sich in ihren Aktionen auf vorübergehende Hilfsmaßnahmen beschränken. Drei verschiedene Typen von Initiativen sind zu unterscheiden:

1. Lokale Beschäftigungsinitiativen und Projekte;
2. Belegschaftsbetriebe und
3. alternativ-ökonomische Betriebe.

Die lokalen Beschäftigungsinitiativen sind als Reaktion auf Ausbildungsnot und Arbeitslosigkeit entstanden. Ziel dieser Initiativen ist es durchweg, als Ergänzung zu den unzureichenden Angeboten auf dem Arbeitsmarkt zumindestens zeitweilig Ausbildungs- und/oder Arbeitslosigkeit zu überwinden. Mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit ist aber klar geworden, daß diese arbeitsmarktpolitischen Hilfsmaßnahmen auf Dauer keine Lösung sein können. Genossenschaften, die auf Dauer angelegt sind, können hier eine Perspektive bieten.

Zahlreich zugenommen haben die Versuche, konkursgefährdete Betriebe in der Form von Belegschaftsunternehmen fortzuführen. Motiv des Handelns ist noch nicht die Arbeitslosigkeit, sondern der Versuch, die befürchtete Arbeitslosigkeit durch eine solidarische Selbsthilfe zu vermeiden. Die meisten Versuche dieser Art sind in der Bundesrepublik bisher gescheitert.

Bei allen Versuchen, Belegschaftsbetriebe zu gründen, zeigen sich ähnliche Probleme:

- Es muß schnell gehandelt werden;
- es fehlt den Gründern — außer dem Willen zur Fortführung des Betriebes — zumeist konkretes know-how über die Fortführung des Betriebes: ein Unternehmenskonzept;

- es fehlen — außer dem für die Gründung einer Gesellschaft erforderlichen Kapital, das zumeist die Belegschaft bereitstellt — ausreichende Finanzmittel, um die Übernahme der Liegenschaften und Anlagen sowie die neue Produktion zu finanzieren;
- die Bereitschaft der Geschäftsbanken, Belegschaftsbetriebe ausreichend zu finanzieren, ist gering;
- die Bürokratien von Kommunen und Ländern prüfen in der Regel zu langsam, um wirksam und schnell helfen zu können;
- häufig gibt es Widerstand von konkurrierenden Unternehmen am Orte gegenüber neuen Belegschaftsinitiativen.

In der Regel werden die Versuche zur Fortführung von existenzbedrohten Betrieben genossenschaftlich begründet: Vor allem die Idee der Selbstverwaltung wird betont. Dennoch gibt es in der Bundesrepublik bislang keine neuen Belegschaftsbetriebe in der Rechtsform der Genossenschaften.

Ähnliches gilt für die alternativ-ökonomischen Betriebe, die zumeist als GmbH, manchmal als Stiftungen und nur selten als Genossenschaft organisiert sind. Sie entstehen nicht (jedenfalls in der Vergangenheit nicht in erster Linie) als Reaktion auf die Krise des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes, sondern sind vor allem Ausdruck eines veränderten kulturellen Verständnisses von Arbeiten und Leben. Der Wille zur Selbsthilfe ist auch hier bestimmend. Die Mitglieder in solche Initiativen suchen nicht irgendeine Arbeit, sie sind in vielen Fällen auch gar nicht arbeitslos. Sie wollen eine sinnvolle, solidarische und selbstbestimmte Form der Arbeit. Besonders hier wird die Genossenschaftsidee begriffen und praktiziert als konkrete Reform.

V.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist die Förderung von Wohnungsbau-, Ausbildungs-, und Beschäftigungsinitiativen und genossenschaftlichen Wirtschaftsformen in der letzten Zeit verstärkt zu einem Thema geworden. Im einzelnen geht es insbesondere um folgende Maßnahmen:

- a) Einrichtung von regionalen und/oder lokalen Beratungs- und Förder-
einrichtungen zur Unterstützung selbstverwalteter Projekte und von
Wohnungs-, Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen durch
 - Beratung und technische Hilfe bei der Gründung und dem Aufbau (betriebswirtschaftliche Organisationen, Marktchancen usw.);
 - Hilfen für die Nutzung nationaler und europäischer Finanzierungsmöglichkeiten;
 - Unterstützung bei einer möglichen Fortführung von Betrieben in Belegschaftsregie;

- Hilfen bei der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen, zum Beispiel im Umweltschutz und bei sozialen Diensten;
- Unterstützung der Übertragung von Mietwohnungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft auf genossenschaftliche Träger.
- b) Verbesserung des Zugangs zu öffentlich geförderten Beratungseinrichtungen für selbstverwaltete Projekte (einschließlich der Vernetzung) und lokaler Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen. Der Zugang zu staatlichen Wirtschaftsförderungsprogrammen soll grundsätzlich auch selbstverwalteten Projekten offenstehen.
- c) Verbesserung der Finanzierungs- und Kapitalbasis für selbstverwaltete Projekte und lokale Wohnungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen durch
 - Unterstützung der Ökobank-Initiative;
 - Aufbau von Kreditgarantiegemeinschaften für eine Risikokapitalabsicherung, bei der neben dem Faktor der Wirtschaftlichkeit auch weitere Bewertungsmaßstäbe wie Beschäftigungswirkung, regionale Entwicklungschancen, wirtschaftsdemokratische Betriebsverfassung, umwelt- und sozialverträgliche Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt werden müssen;
 - Verbesserter Zugang zu staatlichen Forschungsprogrammen und öffentlichen Aufträgen;
 - Sonderfonds für Selbstverwaltungsbetriebe (wie nach dem Beispiel des Landes Hessen).
- d) Erweiterung von Arbeitsmarktinstrumenten mit Hilfe des Bundes für lokale Beschäftigungsinitiativen, selbstverwaltete Projekte und Belegschaftsunternehmen durch Beihilfen als unverzinsliche und verzinsliche Darlehen, als Zuschuß und als Haftungsübernahme für die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen, wenn das der Verbesserung der Regional- und Wirtschaftsstruktur, dem Umweltschutz und der Verbesserung sozialer Dienstleistungen dient.
- e) Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts, insbesondere für:
 - Verkauf von gemeinnützigen Wohnungen an genossenschaftliche Wohnungsunternehmen;
 - Lockerung der Baupflicht zugunsten der Bestandssicherung;
 - Öffnung der Gemeinnützigkeit für soziale und kulturelle Aktivitäten von Genossenschaften;
 - Einführung einer Experimentalklausel
- f) Unverzichtbar ist die Erweiterung des Genossenschaftsrechts insbesondere in folgenden Punkten:
 - Vereinfachtes Formangebot für Kleinstgenossenschaften;

- Unterstützung bei der Gründungsprüfung, zum Beispiel durch Förder- und Beratungsgesellschaften, Aufstellung von Mustersatzungen, Begründungspflicht bei Ablehnung;
- Umstellung von Prüfungsgebühren auf umsatzabhängige Beiträge;
- Trennung zwischen Interessenvertretung und Verbandsprüfung (Verbandspluralität).

In den SPD-regierten Bundesländern haben sich in der letzten Zeit konkrete Projekte und Programme zur Förderung neuer Initiativen entwickelt. Diese Entwicklung muß weiter ausgebaut werden.

Überblick der Förderung selbstverwalteter Betriebe und Beschäftigungsinitiativen
in SPD-regierten Bundesländern (mit Erwerbswirtschaftlicher Ausrichtung)
ohne ausreichende bankenübliche Sicherheiten

<i>Bundesland</i>	<i>Art des Programms</i>	<i>Zuständigkeit</i>	<i>Volumen</i>
HAMBURG	Alternativfonds für die Förderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen (selbstverwaltete Betriebe und sozialökonomische Projekte)	Senator für Arbeit, Jugend und Soziales	Für alternative Betriebe 1,0 Mio (als Darlehen) über drei Jahre. Für sozialpolitische Projekte 1,5 Mio (als Zuschüsse) über drei Jahre verteilt.
BREMEN	»Programm zur Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen« (lt. EG-Definition). Selbstverwaltete Betriebe genossenschaftlicher Selbsthilfe sind eingeschlossen. Ferner soziale und kulturelle Betriebe, soweit sie den Anspruch eigenständiger Wirtschaftlichkeit erfüllen.	Senator für Soziales, für Arbeit, für Wirtschaft. Federführung: Senator für Soziales	1,2 Mio (1984/85) 0,68 Mio (1986) ausschließlich aus Darlehen (revolvierender Fonds)

<i>Bundesland</i>	<i>Art des Programms</i>	<i>Zuständigkeit</i>	<i>Volumen</i>
NRW	Programme für Beschäftigungsinitiativen (unter Einschluß selbstverwalteter Betriebe).	Für eine im Aufbau befindliche Beratungsgesellschaft: Min. für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) Für den Bereich Wirtschaftsförderung: Min. für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (MWMT)	Beratungsgesellschaft (MAGS): rd. 1 Mio DM im Anlaufjahr; Beratungsförderung (MWMT) in Stahlstandorten: 1 Mio DM Landeskreditprogramm für Beschäftigungsinitiativen (MWMT): 1 Mio Bar, 3 Mio VE; (Kreditvolumen 20-25 Mio DM) Haftungsfreistellung Finanzminister (FM); Gesamtvolumen max. 25 Mio DM; Modellförderung neuartiger Unternehmensgründungen (MWMT): 1 Mio DM, 1 Mio VE
HESSEN	»Programm zur Förderung selbstverwalteter Betriebe auf genossenschaftlicher Basis«	Minister für Wirtschaft	7 Mio (1984) 7 Mio (1985) 5 Mio (1986)
SAARLAND	Programm »Untersuchung und Förderung von selbstverwalteten Betrieben« (in der Abstimmungsphase)	Min. für Wirtschaft Eingerichtet: Bei der Abteilung Mittelstand des Referat »Alternative Betriebe«	0,3 Mio (1986) Min. f. Wirtschaft 0,6 Mio (1986) Min. f. Arb., Ges. und Sozialordnung (Aufstockung auf 1,2 Mio vorgesehen)

<i>Bundesland</i>	<i>Verhältnis zur herkömmlichen Mittelstandsförderung</i>	<i>Förderungskriterien</i>	<i>Vergabep Praxis</i>
HAMBURG	Alternative für Betriebe, für die eine herkömmliche Mittelstandsförderung nicht in Frage kommt.	Laut vorhandenen Richtlinien	Abwicklung über den »Verein Hamburger selbstverwalteter Betriebe« (projektiert)
BREMEN	Gewährung von Darlehen und Zuschüssen im Rahmen der herkömmlichen Mittelstandsförderung	Richtlinien in Anlehnung an Kriterien der Mittelstandsförderung	Zur Zeit entscheidet unter der Geschäftsführung des Senators für Jugend und Soziales ein Vergabeausschuß. Der Vergabeausschuß setzt sich zusammen aus je einem Vertreter des Senators für Wirtschaft und Außenhandel und des Senators für Jugend und Soziales. Die Überleitung der Geschäftsführung an den Senator für Arbeit ist vorgesehen.
NRW	(MWMT): Öffnung der Mittelstandsförderung	Kreditprogramm: In Anlehnung an die Mittelstandsförderung unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Beschäftigungsinitiativen. Modellförderung: Unkonventioneller, neuartiger und exemplarischer Ansatz bei der Unternehmensgründung, ggfls. mit Anstoßwirkung für weitere Gründungen	Kreditprogramm: Bankenverfahren/Interministerieller Ausschuß; Beiziehung externen Sachverständs (Gutachten/Sachverständige). Modellförderung: Entscheidungsvorbereitung durch einen Arbeitskreis; Entscheidung Wirtschaftsminister

<i>Bundesland</i>	<i>Verhältnis zur herkömmlichen Mittelstandsförderung</i>	<i>Förderungskriterien</i>	<i>Vergabeproaxis</i>
HESSEN	Gleichberechtigte Förderung von selbstverwalteten Betrieben in herkömmlichen Programmen der Mittelstandsförderung	Richtlinien zur Förderung selbstverwalteter Betriebe auf genossenschaftlicher Basis	Bewilligungsausschuß: Minister für Wirtschaft Minister für Finanzen Minister für Arbeit 3 Vertreter selbstverwalteter Betriebe Entscheidung: Minister für Wirtschaft
SAARLAND	Öffnung herkömmlicher Mittelstandsförderung	Keine Richtlinien. Einsetzung eines AK. Zusammensetzung: Zukunftswerkstatt, AK Selbstverwal. Betriebe, Minister für Wirtschaft, Soziales und Finanzen. Modellversuch »Selbstverwaltete Wirtschaft an der Saar« in der Planung.	Gepplant ist eine Beteiligungsgesellschaft beim Land unter Mitwirkung von selbstverwalteten Betrieben und Beschäftigungsinitiativen.

<i>Bundesland</i>	<i>Beratungshilfen</i>	<i>Bürgschaftsregelungen</i>	<i>Programm für Belegschaftsbetriebe</i>
HAMBURG	Aufbau eines staatlich finanzierten Beratungsbüros.	Bürgschaftsmöglichkeiten wie bei der Mittelstandsförderung	Belegschaftsbetriebe sind in den Fonds mit aufgenommen.
BREMEN	Keine eigene Beratungsgesellschaft, Einschaltung bestehender Einrichtungen für Beratung, auch RKW.	Persönliche Bürgschaft sowie Sicherungsübergabe	Kein spezielles Programm. Einzelfallhilfe. Richtlinien vorhanden
NRW	Eigene Beratungsgesellschaft (ab 1.6.86) landesweit tätig. 10 Planstellen zentral in Bottrop. Einsatz weiterer Kräfte auf ABM-Basis geplant. Beratungsförderung des MWMT in Stahlstandorten (zeitlich begrenzt)	Haftungsfreiheit. (FM) Gesamtvolumen: max. 25 Mio	Kein spezielles Programm. Landesbürgschaften von Fall zu Fall. Kontakt mit RKW und Technologieberatungsstelle des DGB in Oberhausen.
HESSEN	Keine eigene Beratungsgesellschaft. Beratung über die Einschaltung fremder Beratungseinrichtungen wird vom Land bezuschußt. (»Förderwerk e.V.«)	Kein Bankenobligo. Persönliche Haftung der Kollektivmitglieder und dingliche Sicherheiten.	Kein spezielles Programm. Landesbürgschaften von Fall zu Fall.
SAARLAND	Keine eigene Beratungsgesellschaft. Beratung über die Einschaltung von: — Saarkonsult — Zukunftswerkstatt	Rückbürgschaftsfonds	Kein spezielles Programm. Landesbürgschaften von Fall zu Fall.

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite lokaler Alternativen

Die Diskussion über alternative regionalpolitische Konzepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde an einzelnen Orten zwar schon vor längerer Zeit begonnen, über umfassende praktische Versuche ihrer Umsetzung läßt sich allerdings nur vereinzelt berichten. Dafür kann man Gründe angeben, die von erheblich größerer Tiefe sind als z.B. vorschnelle Schuldzuweisungen an Politiker zum Ausdruck bringen — es ist an der Zeit, neben der Betonung der Notwendigkeit und Möglichkeit alternativer dezentraler Ansätze auch über strukturelle Durchsetzungshindernisse nachzudenken und die politischen Voraussetzungen alternativer Strategien zu thematisieren.

1. Eine Schwäche dezentraler Ansätze liegt in der geringen Zahl der Experimente und in ihrer Vereinzelung. Strategische Gesamtkonzepte wurden nur an solchen Brennpunkten entwickelt, an denen die einsetzende »Abwärts-spirale« die Handlungsmöglichkeiten schon eingeschränkt hatte: in Dortmund und Bremen fehlte z.B. schon weitgehend die ökonomische Kraft für neue Aktivitäten, während in Baden-Württemberg zwar ausreichend Geld, aber kein akuter Handlungsbedarf vorhanden zu sein schien.

Während die vorherrschende wirtschaftspolitische Orientierung (auch von Sozialdemokraten) in der Regel auf die Bewältigung der Krisentendenzen mit traditionellen Mitteln (Hoffnung auf Wachstum und Unternehmensansiedlungen) setzte, wurden Alternativen im wesentlichen von den Hauptbetroffenen, den Gewerkschaften, entwickelt. Die lokalen Gewerkschaftsstrukturen und ihr Zugriff auf know how sind allerdings ebenso unterschiedlich wie die politischen Einflußmöglichkeiten vor Ort — zentrale Rahmenbedingungen dafür, daß nur an einzelnen Orten an der Realisierung von beschäftigungspolitischen Alternativen gearbeitet wird.

2. Auch da, wo ein hoher Problemdruck, soziale Bewegungen, linke politische Mehrheiten und alternative Ideen zusammentreffen, wird nicht unbedingt eine neue Praxis entwickelt. Teilweise ist die lokale Steuerungsmöglichkeit einfach zu gering: Öffentliche Unternehmen sind kaum vorhanden, die Haushaltslage ist durch ein geringes Volumen und hohe Defizite gekennzeichnet, die lokale Entwicklung ist stark von einzelnen Unternehmen abhängig etc. Wo kaum Mittel für die »Wirtschaftsförderung« bereitste-

Lokale Beschäftigungs Initiativen

Konzepte · Praxis · Probleme

Herausgegeben von
Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Lokale Beschäftigungsinitiativen: Konzepte,
Praxis und Probleme/Udo Bullmann**
... (Hrsg.). (Verf. Jörg Bourgett ...). —
Marburg: SP-Verlag Schüren, 1986
ISBN 3-924800-36-7

NE: Bullmann, Udo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3500 Marburg
1. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1986
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Roswitha Oswald u. Reinhard Stang, NPP, Neustadt
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda
Printed in Germany
ISBN 3-924800-36-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
 I. Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik	
<i>Udo Bullmann</i> Neokonservative Modernisierung und lokale Alternativen	10
<i>Johann Welsch</i> Gewerkschaftliche Programme und dezentrale Alternativen in der Beschäftigungs- und Technologiepolitik	27
<i>Mike Cooley</i> Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London	47
 II. Lokale Beschäftigungsinitiativen	
<i>Bernhard Pollmeyer</i> Gewerkschaftliche Konzeptionen für eine aktive Beschäftigungspolitik am Beispiel Dortmund	74
<i>Gerd Lobodda / Heinz Pfäfflin</i> Gewerkschaftliche Regionalpolitik im Raum Nürnberg	92
<i>György Széll / Wilhelm Meemken</i> Arbeit und Wissenschaft e.V. - Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück	106
<i>Jörg Bourgett / Heiner Brülle</i> Auf dem Weg zu einer punktgesteuerten kommunalen Beschäftigungspolitik. Das Beispiel Wiesbaden	117
<i>Gerhard Grandke</i> Beschäftigungspolitische Initiativen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen in Offenbach	138
<i>Hans Nauber</i> Arbeitsbeschaffungsprogramme und Qualifizierungsprojekte am Beispiel Hamburg	150
<i>Jürgen Sosna / Günther Dey</i> Netzwerk - Selbsthilfe. Fünf Jahre praktische Alternativen in Bremen	169

III. Umstellung von Technologien und Produkten

Edgar Einemann

Lokale Energieversorgung als politischer Prozeß:

Die Bremer Kontroverse 182

Matthias Kollatz / Joachim Wuttke

Neue Wege in der Abfallwirtschaft 195

Peter Wilke

Alternativen zur Rüstungsproduktion:

Betriebliche und regionale Ansätze 207

IV. Dezentrale Politik:

Begründungen und Begrenzungen

Dieter Eißel

Antithesen zum bürokratischen Kapitalismus 224

Hans-Ulrich Klose / Michael Müller

Selbstbestimmt arbeiten — freier leben.

Die Wiedergeburt der Genossenschaftsidee als
alternativ-ökonomischer Ansatz 243

Edgar Einemann

Anmerkungen zur begrenzten Reichweite
lokaler Alternativen

258

Die Autoren

263

Vorwort der Herausgeber

Die Situation in den westlichen Industrienationen ist seit mehr als 10 Jahren durch eine anhaltende Beschäftigungskrise gekennzeichnet. Die auf der zentralstaatlichen Ebene dominierende konservative Austeritäts- und Modernisierungspolitik trägt zur Verschärfung der Lage der Arbeitslosen, der Sozialleistungsempfänger und der unteren Einkommensgruppen der abhängig Beschäftigten bei. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen der Krise werden dort besonders deutlich, wo die Lebenswelt der Hauptopfer ist; die Probleme sind keine der Statistik und der Wettermeldungen aus der Bundesanstalt für Arbeit (»jahreszeitlich bedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit«), sondern solche der konkreten Existenzbedingungen und sozialen Beziehungen in den untersten politischen Einheiten, in den Kommunen. Die Zuspitzung der Schwierigkeiten in vielen Städten und Gemeinden provoziert eine Situation, in der einem wachsenden kommunalen Handlungsbedarf eine abnehmende dezentrale Handlungsfähigkeit gegenübersteht und eine neue Diskussion darüber erforderlich ist, wie die verbleibenden politischen Spielräume optimal genutzt werden können.

Bei unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im Detail ist die bundesrepublikanische Debatte um lokale Alternativen zum herrschenden Trend dabei stark beeinflusst durch das Beispiel britischer Städte, insbesondere der Stadtregierung von Groß-London und ihrer Auseinandersetzung mit dem Thatcher-Kurs. Gewerkschaften und alternative Gruppierungen, Sozialdemokraten und Grüne haben in den letzten Jahren ihre Bemühungen verstärkt, auch hierzulande die Chancen kommunalpolitischer Strategien zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation auszuloten und erste Schritte gegen die zentralstaatliche Spaltungs- und Ausgrenzungspolitik einzuleiten. Politische Erfahrungen mit unzureichenden Modernisierungs- und Abfederungsstrategien und der Druck sozialer Bewegungen bilden mittlerweile den Rahmen für eine Vielzahl von neuen stadtpolitischen und betriebsbezogenen Ansätzen (vgl. Kapitel I: Ansatzpunkte lokaler Alternativen der Beschäftigungspolitik).

Mit diesem Buch wollen wir einen Ausschnitt nicht nur der Diskussion, sondern auch erste Praxiserfahrungen aus unterschiedlichen Städten vorstellen. In einem zweiten Block kommen daher Ansätze zu Wort, die sich explizit als lokale Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit verstehen (vgl. Kapitel II: Lokale Beschäftigungsinitiativen). Hier geht es sowohl um die Veränderung gewerkschaftlicher und staatlicher Strukturen (der Aufbau von

Know-How und von entsprechenden Verwaltungsstrukturen ist die Voraussetzung für sinnvolle Interventionen) als auch um Maßnahmen zur Schaffung von Beschäftigung und zur Qualifizierung von Erwerbslosen. Bei allen diesen Experimenten spielen qualitative gesellschaftliche Entwicklungsziele eine große Rolle: welche sozial und ökologisch sinnvollen Arbeiten sollen ausgeweitet, welche Felder der kommunalen Ver- und Entsorgung in Angriff genommen werden?

Ein dritter Block von Beiträgen lenkt den Blick auf eine Reihe von Feldern der dezentralen Reformpolitik, auf denen eine Mobilisierung von Betroffenen und kommunalen Ressourcen zur Verbesserung der Lebensqualität möglich ist; hier gehen Zukunftsvorstellungen in die konkrete Gestaltung von Technologien und Produkten ein, die einen anderen Fortschrittsbegriff andeuten: z.B. sanfte Energiepolitik statt Atomkraft, ökologische Abfallwirtschaft statt Müll- und Giftproduktion und sinnvolle Produkte statt Herstellung von Rüstungsgütern (vgl. Kapitel III: Umstellungen von Technologien und Produkten).

Der Band schließt mit Aufsätzen, die die Möglichkeiten dezentraler Politik noch einmal auf dem Hintergrund aktueller technologischer und ökonomischer Veränderungen aufgreifen und die Verbindung von zentralen und kommunalen Handlungsstrategien für die Perspektiven einer sozialistischen Reformpolitik thematisieren. Neben den Gestaltungsmöglichkeiten und dem exemplarischen Gehalt kommunaler Politik wird hier auch deren begrenzte Reichweite deutlich (vgl. Kapitel IV: Dezentrale Politik: Begründungen und Begrenzungen). Jeder lokale Anstoß für eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik, jedes gelungene kommunale Experiment muß sich notwendig an konservativen Vorgaben und Durchgriffen von übergeordneten Ebenen brechen. Linke Ansätze »von unten« verlangen damit dringend nach der Ergänzung durch eine soziale, demokratische und ökologische Politik auf nationalstaatlicher Ebene — sie können jedoch auch gerade ein Stück der Mobilisierung hierfür sein.

Bremen, im September 1986

Udo Bullmann
Mike Cooley
Edgar Einemann